

FÜR DIE MENSCHEN RECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für
Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,
Edisonstraße 5, 60388 Frankfurt/Main



Nr. 2
März 2021

Pakistan

Angesichts vielfacher Gewalt: Frauen in Pakistan den Rücken stärken

Um einem Lynchmord zu entgehen, lebt die 14-jährige pakistanische Christin Maira Shahbaz mit ihrer Familie in einem Versteck. Der britischen Regierung liegt seit Anfang Februar das Asylbegehren der Familie vor, das international unterstützt wird. Die IGFM berichtete bereits über diesen spektakulären Fall von Vergewaltigung, Zwangskonversion und als Ehe getarnter Sklaverei. Zur Erinnerung: Mohamad Nakash Tariq, Muslim aus Faisalabad in der Provinz Punjab, entführte das Mädchen am 28. April vorigen Jahres mit Waffengewalt in der Nähe ihres Hauses, hielt Maira gefangen und zwang sie zum Glaubenswechsel. Das Magistratsgericht in Faisalabad (die unterste Instanz) verwarf den Antrag auf Rückführung zu ihrer Familie mit der Begründung, Shahbaz sei freiwillig zum Islam übergetreten und habe Nakash legal heiraten können, da sie ja angeblich schon 19 Jahre alt sei. Geburtsurkunde und Beglaubigungen erkannte das Gericht nicht an. Der islamische Geistliche, dessen Unterschrift auf der Heiratsurkunde steht, bezeichnete das Dokument aber als Fälschung.

Im August gelang der Katholikin die Flucht, und sie berichtete der Polizei, wie sie von drei Männern entführt, betäubt, vergewaltigt wurde. Alles sei dabei gefilmt worden. Der Haupttäter habe Shahbaz zudem mit dem Video erpresst und gedroht, sie und ihre Familie umzubringen, wenn sie nicht seinen Forderungen nachgebe. So zwang er sie auch zur Prostitution. Der Entführer bezichtigte sie öffentlich der Abkehr vom Islam und ihre Familie der Freiheitsberaubung. Um einem Lynchmord zu entgehen, lebt sie nun mit ihrer Familie in einem Versteck. Ihre Anwältin sagt, das Mädchen

sei traumatisiert, könne kaum noch sprechen.

Dramatische Fälle wie dieser sind nur die Spitze des Eisbergs: Über eine große Zahl an alltäglichen Fällen von Unterdrückung, Zwang und Gewalt gegen Mädchen und Frauen wird gar nicht berichtet.

Frauen bleiben unsichtbar

„Die Geschlechtertrennung in Pakistan führt dazu, dass die Frauen in der Öffentlichkeit unsichtbar bleiben“, beklagt die Rechtsanwältin Aneeqa Anthony, Koordinatorin von The Voice, die schon eine Reihe ähnlicher Fälle wie Mairas vor Gericht vertreten hat. Sie sieht deren Machtlosigkeit vor Gericht im großen Zusammenhang: Die Gesellschaft in ihrem Heimatland halte an der Vorherrschaft des Mannes fest. Ausbildung, unabhängige Beschäftigung und Erholung werde

ausgeliefert und dazu verurteilt, viel mehr auszuhalten, als sie überhaupt verkraften können.

Die Anwältin aus Lahore in der Provinz Punjab betont die besonders schwierige Lage derjenigen, die dann schließlich auch noch verstoßen werden: „In den armen Gegenden Pakistans endet eine Scheidung unweigerlich katastrophal für die Frau, der zuvor die Möglichkeit einer Ausbildung, Anstellung und Vermittlung grundlegender Kenntnisse verweigert wurde, um ein selbstbestimmtes Mitglied der Gesellschaft zu werden.“ Alle anderen Aspekte ihrer gesellschaftlichen und häuslichen Unterwerfung rührten entweder von fehlender wirtschaftlicher Unabhängigkeit her oder sie würden durch die prekäre wirtschaftliche Lage noch verschärft, erklärt Aneeqa Anthony.



Arme Christin: Hat sie Arbeit, haben ihre Kinder eine Zukunft

den Frauen vorenthalten und somit wirkliche Emanzipation verhindert. „Indem sie ihr Potential nicht entfalten dürfen, werden den Frauen grundlegende Menschenrechte verweigert“, sagt sie. Die Wächter der öffentlichen Moral übersähen nicht nur dies, sondern sogar die Erniedrigung von Frauen zur Ware, wie in dem eingangs beschriebenen Fall. Die Betroffenen fühlen sich dabei ohnmächtig,

Anthony führt bereits erfolgreich handwerkliche Ausbildungskurse für ländliche Frauen durch, um ihre Chancen zu verbessern, auch unabhängig von männlicher Vormundschaft ihr Leben zu meistern. Aktuell liegt ihr eine Anfrage aus Khanqah Dogran, einer Stadt im Distrikt Sheikhpura (Provinz Punjab) für Kurse vor. „Khanqah Dogran ist von sechs Ortschaften gut erreichbar, und die lokalen Autoritäten würden unser Angebot sehr begrüßen“, berichtet Anthony. Sie möchte auch dort Kurse in Nähen, Sticken und Weben anbieten und dabei auch über Hygiene, Bedeutung der Mädchenbildung und Frauenrechte aufklären. Schon 40 Euro können einen Monat Unterricht für eine Frau absichern, Materialkosten für Garne und Stoffe mit eingeschlossen. Seit 2008 arbeiten IGFM und das pakistanische Hilfswerk The Voice zusammen. Bitte fördern Sie dieses Programm durch Ihre Spende.

**Kennwort für Ihre Spende:
VOICE (53)**

Ecuador

Vernachlässigte Kinder brauchen Hilfe Kinder ohne Beschulung noch mit 10 Jahren Analphabeten

In der Ausgabe August 2020 von „Für die Menschenrechte“ hatten wir Ihnen erstmalig das Kinderheim „Casa Hogar de Jesús“ in Santo Domingo, Ecuador, vorgestellt, in dem regelmäßig zwischen 40 und 60 Kinder aus schwierigen Familien untergebracht sind. Die Kinder und Jugendlichen haben zu Hause Gewalt und Erniedrigung erlebt. Häufig sind die Eltern drogenabhängig. Die zumeist allein erziehenden Mütter sind überfordert. Die ältesten Kinder sind 17 Jahre alt, die jüngsten erst ein oder zwei Jahre.

Die Heimleiterin Teresita, die dem IGFM-Vorsitzenden Edgar Lamm und Schatzmeister Heinz Ernst persönlich bekannt ist, berichtet uns folgendes Beispiel:

„Felix, der Kleinste in unserem Heim, kam nur 4 Tage nach seiner Geburt zu uns. Man brachte ihn direkt aus dem Krankenhaus. Zurzeit



P. Martin, Teresita und die Kinder

ist seine Unterernährung unter Kontrolle und mit der guten Förderung der Erzieherinnen entwickelt er sich gut. Er hat schon seine ersten Zähne bekommen und beginnt zu krabbeln. Felix ist eine Freude in unserem Haus, sowohl für die Kinder als auch für die Erwachsenen.

Seine Mutter befindet sich aufgrund ihrer Drogenabhängigkeit in einer Rehabilitationsklinik. Wir hoffen und wünschen uns, dass sie geheilt werden kann und begleitet wird, und dass sie ihr Kind auf legalem Weg wiedergewinnen kann. Andernfalls wird Felix in das Adoptionsprogramm aufgenommen. Wir werden uns um

den Jungen kümmern so lange es nötig ist.“

Die Casa Hogar de Jesús ermöglicht den Kindern eine ganzheitliche Bildung, eine Erziehung, die sie in Zukunft zur persönlichen und beruflichen Selbstständigkeit befähigt. Etwas, was sie von ihren Familien nie erhalten

haben. Zurzeit benötigen 18 Kinder mit großem schulischen Rückstand eine besondere individuelle Förderung. Einige von ihnen lernen jetzt erst im Alter von 10 Jahren lesen und schreiben. Sie haben zuvor nie eine Schule besucht. Hier werden sie nun von drei Lehrern betreut.

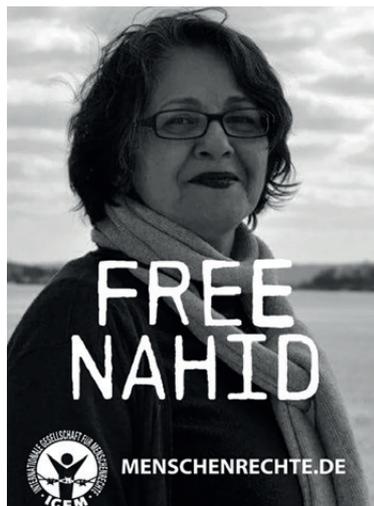
Wir wollen die Casa Hogar de Jesús weiter unterstützen. Die Betreuungskosten für ein Kind belaufen sich auf 50 € im Monat. Bitte helfen Sie mit.

**Kennwort für Ihre Spende:
Ecuador (15)**

Iran

Nahid Taghavi seit vier Monaten im Iran in Haft Die seit 38 Jahren in Köln lebende Iranerin mit deutscher Staatsbürgerschaft nach Besuch ihrer Brüder verhaftet

Die in Teheran geborene Nahid Taghavi ist Architektin, lebt seit 1983 in Köln und hat die deutsche Staatsbürgerschaft. Sie engagiert sich für die Achtung der Menschenrechte, besonders für Frauenrechte und für Meinungsfreiheit im Iran. Seit Jahren reiste sie unbehelligt zu Verwandtenbesuchen in den Iran. Am 16. Oktober 2020 wurde sie zwei Tage nach einem Besuch ihrer Brüder unter dem Vorwand der ‚Gefährdung der Sicherheit‘ in Teheran festgenommen. Ihre deutschen Ausweispapiere, ihr Laptop, Smartphone und Bargeld wurden beschlagnahmt.



2021 besuchen – getrennt durch eine Scheibe und in Anwesenheit der Revolutionsgarde. Es geht ihr den Umständen entsprechend gut“, berichtete Mariam Claren, die Tochter von Nahid Taghavi der IGFM.

12 Tage gab es kein Lebenszeichen von Nahid Taghavi, dann durfte sie ihre Brüder kurz anrufen. Fest steht: Seit mittlerweile über vier Monaten sitzt Nahid Taghavi in Einzelhaft. Bis heute gibt es keine offizielle Anklage, konsularischer oder rechtlicher Beistand wurden ihr verweigert, ebenso notwendige Medikamente. Der von der Familie eingeschaltete Anwalt erhielt bisher keine Akteneinsicht.

„Am 100. Tag der willkürlichen Inhaftierung meiner Mutter durften meine Onkel sie am 24. Januar

„Ich fordere die deutsche Bundesregierung auf, sich konsularischen Zugang zu beschaffen, die Umstän-

de ihrer Verhaftung aufzuklären und ihre Freilassung zu erwirken.“ sagte Mariam Claren der IGFM.

Die IGFM vermutet, dass der Iran Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit inhaftiert, um sie als Druckmittel in politischen und wirtschaftlichen Gesprächen einzusetzen. Auf IGFM-Initiative hat der Kölner Bundestagsabgeordnete Heribert Hirte die politische Patenschaft für Nahid Taghavi übernommen. Er will sich überall dort, wo es zu Gesprächen mit oder über den Iran kommt, für ihre Freilassung einsetzen. In Frankfurt und Köln hat die IGFM bereits mit Mahnwachen auf ihre Inhaftierung reagiert, aber das ist nur der Anfang weiterer Aktionen. Wenn Sie mitmachen wollen, bitte melden Sie sich bei uns. Für Mahnwachen, Flugblätter, Appell-Aktionen im Internet und die Pressearbeit haben wir bis Mitte des Jahres 2000 € kalkuliert. Dafür erbitten wir Ihre Spende.

**Kennwort für Ihre Spende:
Iran (86)**

Belarus

„Es ist alles beängstigend“

Larisa arbeitet in einem Gebäude neben dem SIZO (Untersuchungsgefängnis) und versucht jeden Tag, ihren Sohn Igor beim Freigang zu sehen. Igor wurde gemäß Artikel 293 des belarussischen Strafgesetzbuchs in einem Gefängnis in Brest inhaftiert, weil er an einem Protest gegen die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen teilgenommen hat. „Vom Fenster aus sehe ich den Hof, in dem die Beamten gehen und wie die Gefangenen sich beschäftigen“. Sie erinnert sich, dass dieses Gefängnis früher immer leer war, aber jetzt sieht man im Hof Massen von Gefangenen. Sie und ihr Mann bringen ein- oder zweimal pro Woche Pakete zu ihrem Sohn, bis 30 kg darf es sein. Die Familie schreibt auch etwa alle sieben Tage Briefe, aber jeder für sich. Und Igor antwortet: „*Alles ist wie in der Armee, nur hinter Gittern.*“ Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung war Igor Student der Korrespondenzabteilung der Universität Brest. Larisa gibt zu, dass sie wie die Mehrheit in ihrem Land vor den Wahlen kein großes Interesse an der Politik hatte. Aber die Prügel für die Zivilbevölkerung haben alles verändert. „*Unter anderem hat sich die Haltung gegenüber unserer Polizei geändert*“, sagt sie. „*Wenn ich irgendwo auf der Straße ihre Uniform sehe, bin ich angewidert, obwohl ich diese bestimmte Person überhaupt nicht kenne.*“ Larisa hofft immer noch, dass ihr Sohn freigelassen wird, aber sie ist sich sicher, dass es keine anständigen Richter und Staatsanwälte mehr gibt. „*Wir haben keine Gerichte*“, sagt ihr Mann Sergej. „*Was die Behörden sagen, tun sie. Mitte Februar wird es einen Prozess geben - und Igor wird nach Bobruisk oder Gorki gehen* (Anmerkung IGFM: in diesen Städten gibt es Justizvollzugszentren). *Sie werden alle einsperren. Macht vergibt nicht.*“ Sergej glaubt, dass Präsident Lukaschenko irgendwann die Gefangenen zum Verhandlungsgegenstand mit dem Westen macht, um aus ihrem Schicksal Profit für sich zu schlagen.

Dies ist ein Auszug aus einem Internetartikel vom 17.1.2021 der noch

freien und unabhängigen Redaktion der Zeitung Brestskaja Gaseta, die unerschrocken über die Lage der Opposition berichtet, aus Briefen von Gefangenen und deren Angehörigen zitiert. Im Dezember hatten alle Druckereien landesweit die Weisung erhalten, keine Ausgabe dieser Zeitung mehr zu drucken. Durch Zerstörung der wirtschaftlichen Basis soll sie mundtot gemacht werden. Mit der Übernahme der obigen Zeilen wollen wir ein Beispiel geben, wie man den Redakteuren zumindest ein freies Forum erhalten kann. Doch wirkungsvoller wäre es, wenn unsere Zeitungsredaktionen als Akt der Solidarität Beiträge der Brester Zeitung und anderer freier Zeitungen übernehmen und als Stellvertreter Lukaschenko die Stirn bieten.

Die IGFM-Mitglieder in Brest stehen in engem Kontakt mit den Redakteuren der Brester Zeitung und erfahren so Neuigkeiten über die inhaftierten Demonstranten, wie z.B. über Marina Glasowa, eine 23jährige Lehrerin, deren Schicksal wir seit September 2020 verfolgen. Nach zweimonatiger Einzelhaft und anschließendem Hausarrest wurde sie am 18.2.2021 zu weiteren zwei Jahren Hausarrest verurteilt.

Auch wenn die Gerichtsverfahren durch Lukaschenkos treue Richter zur Farce verkommen sind, so ist es doch unumgänglich, dass Verteidiger die Interessen der inhaftierten Gefangenen vertreten, um der Willkür nicht ungebremst und unbeobachtet freien Raum zu lassen. Denn sie beginnt bereits bei der Auswahl der Gerichtsorte, die bewusst fernab des Wohnorts gewählt werden, um die Teilnahme interessierter Angehöriger an den Prozessen zu erschweren. Selbst Anwälte haben Mühe, bei einem Durchschnittslohn von 400 € die Reisekosten für die Vertretung mehrerer Gefangener aufzubringen.

Die IGFM-Mitglieder in Brest haben sich in den Dienst der Freiheit und Wahrheit gestellt. Sie berichten täglich. Sie halten den Kontakt zu gefangenen Demonstranten, unterstützen sie mit Briefpapier und Briefmarken. Sie unterstützen Familien,



Deutschland zeigt Solidarität mit Belarus - Foto Leh

die Anwälte nicht alleine bezahlen können. Bei allem Engagement ist es dann eine Kostenfrage, wie lange sie durchhalten können. Wir brauchen zur Unterstützung unserer Mitglieder in Weißrussland Ihre großzügige Unterstützung.

Kennwort für Ihre Spende: Belarus (36)

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer,

inhaftierten Demonstranten in Russland und Belarus drohen jetzt drastische Urteile durch regimetreue Richter. Seit Oktober 2020 sitzt Nahid Taghavi, Architektin in Köln mit deutschem Pass, wegen angeblicher Gefährdung der Sicherheit in einem Gefängnis im Iran ohne Anklage und noch ohne konsularischen Beistand. Weibliche Mitglieder religiöser Minderheiten werden in Pakistan immer wieder Opfer von Willkür und religiösem Hass. Und in Ecuador bleiben viele vernachlässigte Kinder Analphabeten.

Wir informieren Sie darüber in dieser Ausgabe und bitten Sie um Ihre Hilfe.

Ihr
Redaktionsteam
Karl Hafen,
Michaela Koller,
Michael Leh
und Christine Pierk



Massenverhaftungen und Willkürjustiz Tausende Russen demonstrieren gegen das Putin-Regime

„Als ich zum ersten Mal von der Gifattache auf Nawalny hörte, stieg Angst in mir hoch, echte Angst. Es fühlte sich an, als ob Moskau uns allen mitteilen wollte: 'Ja, es kann jeden und jede von euch treffen',“ sagte Olga Romanowa von der russischen Organisation „Russland hinter Gitter“. Sie ging nach Berlin, um ihrer Verhaftung zuvorzukommen.

Sofort nach seiner Rückkehr aus Berlin wurde Alexej Nawalny in Russland verhaftet. Seine Verurteilung zu zwei Jahren und acht Monaten Haft löste Demonstrationen Zehntausender Russen in vielen Städten des Landes aus. Nach Angaben von Alexander Cherkasov, Leiter des Menschenrechtszentrums „Memorial“ gab es am 23. Januar mehr als 4000 und am 31. Januar mehr als 7000 Festnahmen von Demonstranten. „Der brutale Umgang mit ihnen, Gerichtsverfahren am Fließband, Haftbedingungen, die einer Folter gleichkommen (bei Wintertemperaturen mussten die Menschen über zehn Stunden in Polizeibussen ausharren) - das alles ist Teil unserer neuen Realität“, so Cherkasov. Viele Demonstranten wurden geschlagen und oft schwer verletzt. Schon im Jahr 2020 hatte „Memorial“ 362 politische Gefangene namentlich



russische Demonstrantin in Berlin
Foto Leh

registriert. „Wahrscheinlich ist die Zahl aber dreimal größer als uns bekannt. Es ist schwer, das unabhängig zu untersuchen“, erklärte Sergeij Davidis von „Memorial“. Ein weiterer starker Anstieg wird befürchtet.

„Folter, Schikane, Ratten in den Zellen: Die Zustände in russischen Gefängnissen sind Dauerthema am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte“, kommentierte der Deutschlandfunk. Über die miserable Ernährung, überfüllte Zellen, kaum medizinische Versorgung hatte auch die IGFM in der Vergangenheit immer wieder berichtet. „Ein Drittel der Gefangenen in Russland sitze unschuldig ein, ein Drittel aufgrund unangemessener Urteile, ein Drittel sei schuldig“, so eine in russischen Bürgerrechtskreisen zitierte Faustformel. Je weiter von Moskau entfernt, desto schlimmer die Zustände. Ein Häftling erklärte: „Die Gerichte arbeiten sehr bösartig. Die Richter sind hier nahezu gottgleich.“

Nicht nur in Russland, auch in Berlin gingen Tausende Russinnen und Russen auf die Straße. Am 23. und am 31. Januar 2021 zogen große Demonstrationen mit mehr als 2000 Teilnehmern vom Kanzleramt zum Brandenburger Tor und über Unter den Linden an der Russischen Botschaft vorbei. Auf Plakaten und Transparenten war zu lesen „PUT him IN Prison“, „Stop Political Repression in Russia“, „Freiheit für die politischen Gefangenen“ und immer wieder: „Free Navalny!“ IGFM-Vorstandsmitglied Michael Leh sprach - als einziger deutscher Redner - sowohl am Brandenburger Tor als auch auf dem Potsdamer Platz vor über 1000 russischen Teilnehmern, darunter bemerkenswert viele junge Russinnen und Russen. Er erinnerte daran, dass die IGFM vor 49 Jahren wegen der schweren Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion gegründet worden war. Bis in die neunziger Jahre habe die IGFM

für Freiheit und Menschenrechte in der Sowjetunion gekämpft und ihre Mitglieder seien für die Freilassung von Bürgerrechtlern auf die Straßen gegangen. Jetzt sei unser Einsatz erneut gefragt. „Wir, die wir in Freiheit leben, sind verpflichtet, die politischen Gefangenen nicht zu vergessen, sondern uns für sie einzusetzen.“

Seitdem die Sowjetunion in einem Prozess nach 1989 in unabhängige Staaten auseinandergefallen war, hatte sich die IGFM in Russland auf die Förderung und Sicherung rechtsstaatlicher Strukturen, die Verbesserung der Heim- und Haftsituation und für die Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltdiktatur eingesetzt. Die meisten IGFM-Mitglieder glaubten in der Ära Gorbatschow an Fortschritte in Russland und vermochten sich solche Rückschritte und Verletzungen von Demokratie und Missbrauch des Rechts wie unter der Ära Putin nicht mehr vorzustellen. Die jetzige Situation verlangt eine Neuausrichtung. Wir wollen unser Russlandreferat in der Geschäftsstelle in Frankfurt durch eine Mitarbeiterin verstärken, die die Schicksale der neuen politischen Gefangenen verfolgt, dokumentiert und so aufbereitet, dass jedermann für sie eintreten kann. Die nach unserem Aufruf in der Oktoberausgabe 2020 eingesetzte Aushilfskraft wollen wir auf eine Halbtagskraft aufstocken und benötigen für das nächste Halbjahr mindestens 10.000 €. Bitte unterstützen Sie unser Vorhaben, damit wir den Anschluss nicht verlieren und den Gefangenen helfen können.

**Kennwort für Ihre Spende:
Russland (35)**

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer auf folgendes IGFM-Konto:

IBAN: DE31 5502 0500 0001 4036 00
Swift-BIC: BFSWDE33MNZ
Bank für Sozialwirtschaft



Die Finanzen der IGFM werden jährlich von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Den Prüfvermerk stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.

Impressum

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Edisonstraße 5 • D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0 • Fax : 069 - 420 108 33
e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
UstIDNr. DE 1142 35 684
Redaktion: Karl Hafen, Michael Leh,
Michaela Koller und Christine Pierk
Erscheinungsweise: monatlich
Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues
Satz und Layout: Pixelvektor Stefan Eschenbach
Sektion Schweiz:
Geschäftsführer Hanspeter Hartmann
Clavanuowweg 14 • CH - 7249 Serneus
Telefon +41 44 586 45 45

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.